



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postfach-Kontor: Halden 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung anlässlich 22 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zelle 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für die Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwerter 10 Pf.] - Nr 12

FREITAG, 8. JANUAR 1932

MORGEN-AUSGABE

## Klare Hindenburg-Mehrheit

### Hitler für Amtsverlängerung des Reichspräsidenten

Die ersten Fühlungen des Reichspräsidenten mit den Parteien wegen der Reichspräsidentenwahl sind erfolgt. Am 4. Uhr nachmittags fand gestern im Arbeitszimmer des Reichswirtschaftsministers Dr. Grotener eine Zusammenkunft zwischen dem Reichspräsidenten Dr. Brüning und dem Führer der Nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, statt, die eineinhalb Stunden währte. Um 9 Uhr abends empfing der Reichspräsident in der Wilhelmstraße die führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie.

Von amtlicher Seite wurde eine Mitteilung weder über die erste noch über die zweite Besprechung ausgegeben. Dagegen hat die nationalsozialistische Pressestelle in München ein Communiqué ausgegeben, in dem festgestellt wird, daß Hitler am 5. Januar telegraphisch zum Reichswirtschaftsminister Dr. Grotener zu einer Besprechung nach Berlin gebeten wurde, daß er am 6. dieses Monats mit Dr. Grotener und gestern nachmittag mit dem Reichspräsidenten und dem Reichswirtschaftsminister eine Besprechung gehabt hat, deren Gegenstand die Reichspräsidentenwahl gewesen ist. Adolf Hitler, heißt es in diesem Communiqué, kann natürlich, bei seiner Stellungnahme dem Reichspräsidenten gegenüber sich vorbehalten, um vorher den Parteien der „nationalen Opposition“ seine Auffassung mitzuteilen.

Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß Hitler seine endgültige Erklärung für die Nationalsozialistische Partei gegenüber dem Reichspräsidenten sich für die nächsten Tage vorbehalten habe, aber sich keineswegs ablehnend verhalten hat. Hier und da wollte man wissen, daß der nationalsozialistische Führer politische Bedingungen gestellt habe. Wohl wollte man wissen, daß er eine baldige Auflösung des Reichstages und Neuwahlen verlangt habe, bald daß er die Umbildung der Reichsregierung und den Eintritt der Nationalsozialisten in das Kabinett gefordert habe.

Was alles dürfte schon besorgen nicht zutreffen, weil, wenn wir nicht unterrichtet sind, der Reichspräsident seine Zustimmung zu der Verlängerung seiner Amtsperiode ausdrücklich in die Voraussetzungen geknüpft hat, daß alle Parteien mit

dieser Lösung sich einverstanden erklären, und daß von keiner der Parteien politische Bedingungen an ihre Zustimmung geknüpft werden. Denn durch eine politische Bedingung würde der Wiederwahl Hindenburg zum Reichspräsidenten jener importante Charakter einer einseitigen nationalen Willensentscheidung genommen werden, den sie doch gerade am Vorabend wichtiger außerparlamentarischer Verhandlungen und Entscheidungen haben soll.

Sonderhalb der Reichsregierung hat man sich die einmütige Zustimmung der Parteien vorausgesetzt. Das meiste Verfahren ist jedoch, daß vom Reichstagspräsidenten am kommenden Dienstag die sofortige Einberufung des Reichstages beschloffen wird, so daß der Reichstag sich etwa am 15. Januar versammelt und in zwei Sitzungen dieses verfassungsändernde Gesetz beschließt, durch das die Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg um weitere sieben Jahre verlängert wird. Der Reichspräsident will sein hohes Amt nur solange noch verwahren, als die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten es erforderlich machen. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, das soll der Reichspräsident selbst bestimmen.

Es wird behauptet, daß die Deutschnationalen vorschlagen wollen, die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten nicht auf parlamentarischen Wege durch Reichstagsbeschlüsse, sondern durch einen Beschluß zu tätigen, der im März durchgeführt werden soll. Alle Parteien könnten sich darauf einigen, keinen anderen Kandidaten aufzustellen, so daß Hindenburg, allerdings ohne die kommunikativen Stimmen und gegen einen kommunikativen Gegenkandidaten mit überwältigender Mehrheit neu gewählt werden würde.

Es ist, verfassungsrechtlich gesehen, gleichbedeutend, welchen Weg man wählt. Ein fast einstimmiger Beschluß des Reichstages kommt einer fast einstimmigen Wiederwahl durch das Volk gleich. Der von der Regierung gemachte Vorschlag eines verfassungsändernden Gesetzes hat den Vorzug, daß er innerhalb weniger Tage durchgeführt werden kann, unmittelbar vor Beginn der Reparationskonferenz in Kaufnahme und wenige Wochen vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz in Wien. Die Entscheidung, welcher Weg nun einzuschlagen werden soll, muß noch in dieser Woche fallen.

## Indergewährung?

Von  
L. ALBERT HAHN

Die Wirtschaftskrise hat die Behauptung populär gemacht, daß sich die periodischen Stagnationen unseres Systems vermindern, wenn nicht aufheben ließen, wenn die Goldwährung durch ein anderes verbessertes Währungssystem ersetzt würde. Wir haben bei dem großen Interesse, das, wie wir immer wieder feststellen konnten, gerade währungs-theoretische Diskussionen ausgiebiglich erregen, den bedeutendsten Theoretiker und Praktiker des Bankwesens, Professor L. Albert Hahn, gebeten, einen aufsehenden Artikel über das Problem zu schreiben.

Während sich gewisse Güter zu allgemeinen Kaufmitteln, zu Geld, entwickelt haben, ist das Bestreben in die Entwicklung getreten, dieses Geld den Gütern gegenüber möglichst wertlos zu gestalten, das heißt, die Kaufkraft des Geldes zu schwächen, sich für sich selbst zu beschaffen, über die Besitze an eine Währung auf, deren Wert reguliert wird, daß der Durchschnittspreis einiger oder vieler Güter, ein sogenannter Warenkorb, im wesentlichen unverändert bleibt. In gewissem Sinne ist der durch langsame Entwertung oder durch gelegentlichen oft vollogene Uebergang zur Goldwährung nichts anderes als ein Ausmaß dieser Bestrebungen. In den letzten Jahrzehnten ist zum Kriege hat die Deflation über das Problem der Indergewährung im großen ganzen geruht. Die Goldwährung schien allen berechtigten Ansprüchen, die an eine Währung zu stellen waren, zu genügen.

Um so lebhafter ist die Diskussion seit dem Kriege im Aufschwung gekommen. Anlaß gab die Beobachtung, daß selbst bei Aufrechterhaltung der Goldwährung verberigenden Währungsgrößen häufige Erigerungen und Entungen des allgemeinen Preisniveaus eintraten konnten. Auch erkannte man, daß der Wert der „Bare“ Geld viel weniger durch die Produktionskosten des Geldes als durch die jeweilige Kreditpolitik der Goldwährungsämter beeinflusst wurde. Man gelangte zu der Einsicht, daß auch die Goldwährung eine „manipulierte“ Währung, und daß der Goldwert eher vom Goldwert, als der Goldwert vom Goldwert abhängig ist. Dies ist bei Gebirgung, der vor allen Dingen den Schriften von Fisher und Keynes ausgrunde liegt.

Den stärksten Impuls hat die Diskussion über die Indergewährung natürlich dadurch erhalten, daß in den letzten Monaten eine Währung nach der anderen dem Goldstandard verlassen hat und der größere und wirtschaftlich nicht bedeutungsvollere Teil des Weltbills heute keine Goldwährung mehr besitzt. Bekanntlich ist hierauf in allen in Betracht kommenden Ländern die Frage aufgeworfen, ob eine Wiederanhang der Währung an das Gold auf einer ermäßigten Basis oder eine Regulierung der Kaufkraft der Währung gegenüber den Gütern ohne Rücksicht auf eine bestimmte feste Relation zum Gold oder zu den Goldwährungen vorzuziehen ist.

Die Vorteile einer Indergewährung werden in zweierlei gesehen: Einmal glaubt man durch eine Indergewährung die ungewollte Inflation zu vermeiden zu können, welche für Schuldner und Gläubiger langfristiger Schuldverpflichtungen aus einer Veränderung des Geldwertes erwächst. Ferner hofft man durch eine Stabilisierung des Preisniveaus eine Stabilisierung der Konjunktur zu erreichen zu können.

Der ersten Argumentation wird man die Berechtigung kaum abstreiten können, obwohl auf die Auffassung, daß langfristige Schulden im Interesse der Produktion im Laufe der Jahrzehnte ins Leere verweht verlieren sollten — eine Ansicht, die der wirtschaftliche Reiz hinneigt — sehr wohl wertvoll werden kann. Dagegen wird man sagen können, daß nach den neueren Erfahrungen die zweite Argumentation nicht oder nicht vollständig ist. Es hat sich nämlich bei der Konjunktur in den Vereinigten Staaten in den Jahren vor 1929 gezeigt, daß eine stark aufsteigende Konjunktur mit allen ihren Rückschlägen verbunden auch bei gleichbleibendem, ja sogar sinkendem Preisniveau ausbleiben kann. Die durch die Goldwährung hervorgerufene Senkung zur Preisfestlegung kann eben durch die Bewältigung der Produktionskosten infolge technischer Fortschritt kompensiert oder überkompensiert werden. Bei einem aus dem Durchschnitt der Warenpreise errechneten Index müßte also, um ihn zu Gunsten der Konjunkturstabilisierung benutzbar zu machen,

## Deichbrüche in Oldenburg

### Ein Wasserschutzwerk zusammengestürzt

Weder der Nordsee wütet ein Orkan, der sich mit 36 Stundenmetern fortbewegt und nicht nur für die Schiffsahrt gefährlich ist, sondern auch in den Küstengebieten Verheerungen anrichtet. Es bildete sich eine Stauung der binnenländischen Westmeeres, die durch Zusammenstoßen mit dem einbreitenden Meerwasser in Deichschuttern resultierte. Dadurch ist bei mehreren Orkanen, an der Grenze von Oldenburg und dem preussischen Ostpreußen, der Sturm der See, eines Nebenflusses der Ems, gebrochen. Die durchbrechenden Fluten unterkühlten das alte Meer hohe Turme des großen Wasserschutzwerkes Sölting bei Angeln, dessen Fundamente nur 7 1/2 Meter in die Erde hinabgründen, und das ganze Gebäude neigte sich immer mehr, so daß schließlich die Rettungsarbeiten eingestellt werden mußten. Mächtig brach der Turm in der Mitte auseinander und stürzte in die Fluten.

Das Wasserhochwasser war das größte der Umgegend. Der Schaden ist überhaupt noch nicht abzusehen. Die Orkanflut wuscherte sich von einer unendlichen Wasserflut umgeben. Am ganzen Lande Oldenburg ist die Gewässer über ihre Ufer getreten und haben viele Landstriche überflutet. Auch in den Küstengebieten der Landesgrenze selbst wurden mehrere Eisenbahnen unter Wasser gelegt und zum Teil völlig von der Umwelt abgetrennt, so daß der Verkehr dort mit Booten aufrechtgehalten werden muß. Gegen Wind ging das Wasser etwas zurück.

Im Dorfe Mülken in der Eibersiederung bei Apenburg sind die Deiche gebrochen und die von dem Landflut nicht überdeckten Einwohner konnten nur mit äußerster Mühe sich und ihr Vieh in Sicherheit bringen. Im Landesteil Flensburg stürzte ein

achtjähriger Junge auf dem Schulweg in einen überfluteten Graben und ertrank.

Stark in den Gebieten der deutschen Flüsse ist das Hochwasser noch nicht zum Stillstand gekommen. Von oben herab der Eibe werden noch Störungen gemeldet, so daß die Hochwasser auf den Dämmen unterhalb der Vereinigung zwischen Eibe und Müde in Alarmbereitschaft gesetzt wurden. Im Müdegebiet unmittelbar bei Ostau scheint die alte Hochwasserflut vorläufig abgeklungen zu sein. Die Müde in den ersten 30 Stunden nach Erreichung des Höchststandes betrug um 90 Zentimeter zurückgegangen.

## Amerika greift ein

### Hilfe für die Wandschuren

NEW YORK, 7. JANUAR

Stimson gab bekannt, daß Amerika im Einverständnis mit den übrigen Unterzeichnern des Neumächte-Vertrag von 1922 gegen Japan in Anwendung bringen werde. Welcher Art das Vorgehen der Mächte sein wird, hat Stimson jedoch nicht angegeben. Der Neumächte-Vertrag sieht die Garantie der territorialen Integrität Chinas durch seine Unterzeichner vor.

Außerdem schiebt Hoover dem neuen chinesischen Außenminister, der die Absicht hat, die amerikanischen Regierung verfolge die Entwicklung aufmerksam und unter dem vollen Verantwortungsbewußtsein der eingegangenen Verträge.